

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 09.06.2022
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Verpflichtung der anwesenden sachkundigen Bürger	4
2 Einwohnerfragestunde	4
3 Sachstandsbericht Mobilitätskonzept	4
4 E-Scooter-Strategie für Meerbusch Vorlage: DezIII/1517/2022	4
5 Stand Errichtung von Kreisverkehren an den Landesstraßen Vorlage: FB5/0567/2022	6
6 Anträge	6
7 Anfragen	6
7.1 Anfrage Bündnis 90/die Grünen vom 30.05.2022 zu den Maßnahmen zur Einhaltung von Tempo 30 auf der Claudiusstraße Vorlage: FB5/0191/2022	6
7.2 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen vom 02.05.2022 zum Stand der Umsetzungsplanung Taktverdichtung auf der K-Bahn Vorlage: DezIII/0192/2022	7
8 Bericht der Verwaltung	7
9 Termin der nächsten Sitzung am 25.08.2022	7
10 Verschiedenes	8

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

Anwesend:

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Dr. Felix Nieberding Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Kohn Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner Sachkundiger Bürger

von der Verwaltung

Frau Dana Frey Dezernat III

Frau Denise Pottbäcker Dezernat III/Umwelt

Schriftführerin

Frau Lena Clermont

Herr Utkan Armutlu

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Herr Niklas Geppert

Herr Daniel Hartenstein Fachbereich 5

Herr Bernd Parys Sachkundiger Bürger

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Herr Hartwig Spetsmann Sachkundiger Bürger

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Frau Norma Köser Ratsmitglied

Herr Daniel Thywissen

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Silke Hülsemann

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Rita Henning

Ratsmitglied

Öffentliche Sitzung

1 Verpflichtung der anwesenden sachkundigen Bürger

Der sachkundige Bürger Utkan Armutlu wird in sein Amt eingeführt und mit Unterzeichnung der Verpflichtungsurkunde zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet.

2 Einwohnerfragestunde

Es erfolgt keine Wortmeldung.

3 Sachstandsbericht Mobilitätskonzept

Frau Frey erläutert den Sachstand des Mobilitätskonzepts: Sowohl der Zwischenbericht zur Bestandsanalyse als auch das Verkehrsmodell im Analysefall seien mittlerweile fertig gestellt und wurden bereits mit dem Protokoll zur letzten Sitzung zur Verfügung gestellt. Derzeit erarbeite die Planersocietät den Prognose-0-Fall des Verkehrsmodells, in dem die prognostizierte Verkehrsbelastung in Meerbusch mit allen geplanten Entwicklungen (Wohnen, Freizeit, Versorgung, Infrastruktur) bis 2035 dargestellt werde. Zudem hätten die ersten Stadtteilspaziergänge in Strümp und den Rheingemeinden (27.04.22) sowie in Lank und Bösinghoven (01.06.22) stattgefunden, in denen Bürgeranregungen zu Problemen in den einzelnen Stadtteilen eingeholt wurden. Am 13.06 werden die letzten beiden Spaziergänge in Osterath und Buderich stattfinden. Anschließend beginne die Maßnahmenentwicklung und Ausarbeitung des Konzeptes, so dass nach den Sommerferien die nächsten Abstimmungstermine mit dem Arbeits- und Lenkungskreis stattfinden würden. Nach der Sommerpause sei darüber hinaus eine Online-Bürgerbeteiligung geplant, gefolgt von einem Bürgerworkshop im Herbst.

4 E-Scooter-Strategie für Meerbusch Vorlage: DezIII/1517/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die E-Scooter Strategie der Stadt Meerbusch und beauftragt die Verwaltung die zur Umsetzung benötigte Sondernutzungssatzung zu erarbeiten sowie die ScooterStationen sukzessive einzurichten.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Frau Frey erläutert, dass die mit E-Scootern verbundenen Beschwerden in den vergangenen Monaten bereits deutlich zurückgegangen seien und die in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen aus Sicht der Verwaltung daher ausreichend seien. Diese Einschätzung entspreche auch dem Eindruck des Ordnungsamts.

Ratsfrau Niegeloh äußert Bedenken, dass zum einen der vorgeschlagene Beschwerdezeitraum von 48 h zu lang sei, zum anderen der Bereich der Stadtteilzentren nicht definiert sei, der von dem free-floating-Prinzip ausgeschlossen werden solle. Darüber hinaus sei die vorgeschlagene Sondernutzungsgebühr von 20 € pro Jahr und pro Roller im Vergleich zum Düsseldorfer Beispiel zu niedrig angesetzt. Dem schließen sich Ratsherren Schoenauer und Quaß an und ergänzen, dass die angesetzte Gebühr auskömmlich sein sollte, um den mit dem E-Scooter-Sharing verbundenen Aufwand der Verwaltung zu decken. Frau Frey erläutert, dass die Verwaltung bewusst eine geringere Gebühr als in Düsseldorf gewählt habe, da sich der Verwaltungsaufwand auf einem deutlich niedrigeren Niveau bewege. Außerdem wäre noch unklar, ob gegen die angehobene Gebühr von 50 € gerichtlich vorgegangen werde. Die rechtliche Lage der vorgeschlagenen Beschränkung der Anbieterzahl sei ebenfalls ungewiss. Die Stadt Bremen (an der sich das vorgeschlagene Konzept der Verwaltung orientiert) habe zwar keine Zweifel kundgetan, allerdings habe die Verwaltung von Anbieterseite den Hinweis bekommen, dass eine Klage nicht ausgeschlossen sei.

Weiterhin wird der Wunsch geäußert, auch in Zone B ScooterStationen einzurichten und in den Fußgängerzonen ein allgemeines Parkverbot einzurichten. Ratsfrau Niegeloh spricht sich sogar für ein stadtweites stationsgebundenes Sharing-System aus. Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding gibt daraufhin zu bedenken, dass für das Abstellen von E-Tretrollern dieselben gesetzlichen Regelungen zum Abstellen gelten wie für Fahrräder. Das Abstellen sei im öffentlichen Raum grundsätzlich ohne Einschränkungen möglich. Darüber hinaus gehende Verbote müssten daher ausreichend begründbar sein.

Frau Frey ergänzt, dass die vorgeschlagenen Standorte weder was deren Lage noch deren Anzahl betrifft, nicht als abschließend zu verstehen seien. Es könnten jederzeit neue Stationen eingerichtet werden. Ein durchgehendes Netz an Abstellflächen mache in Meerbusch allerdings wenig Sinn, da die Distanzen dafür zu weit seien und der vorhandene Straßenraum dies nicht hergebe.

Aus der Diskussion ergibt sich Einigkeit darüber, dass weiterer Beratungsbedarf besteht und zum jetzigen Zeitpunkt keine Entscheidung getroffen werden kann. Ratsherr Wagner beantragt daraufhin die Vertagung des Beschlusses.

Antrag: Die Beschlussfassung wird vertagt. Bis zur nächsten Sitzung reichen die einzelnen Fraktionen Ihre Änderungsanträge schriftlich ein. Der Konzeptentwurf wird im Anschluss angepasst und in der darauffolgenden Sitzung im November beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		

SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	4		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	17		

5 Stand Errichtung von Kreisverkehren an den Landesstraßen

Vorlage: FB5/0567/2022

Herr Assenmacher verweist auf die Informationsvorlage, welche nochmals zusammengefasst auf die Kreisverkehre eingeht. Die dort genannten Kreisverkehre seien allesamt auf Landesstraßen und somit in der Straßenbaulast von Straßen.NRW. Die Informationsvorlage wird dahingehend berichtigt, dass es sich beim Knotenpunkt Krefelder Str./Mollsfeld um eine LSA-freie Kreuzung handelt. Nach Vorliegen der Verkehrsdaten an den Kreisverkehren, welche im Zuge des Mobilitätskonzeptes erstellt wurden, wird die Stadt diese Straßen.NRW zukommen lassen.

Herr Hartenstein erläutert, dass die Anfrage bezüglich eines neuen Umsteigeknotens an der Schloßstraße/Xantener Straße (Antrag der SPD) der Rheinbahn bereits gestellt worden sei und dem Protokoll des vergangenen Bauausschusses beiliege.

Ratsfrau Niegeloh merkt an, dass die Qualitätsvorteile durch die Einführung von Kreisverkehren auch zu bedenken seien. Ratsherr Peters ergänzt, dass Straßen.NRW bei der Überlegung, ob sie diese Kreisverkehre herstellt, der Ansatz der ÖPNV-Verbesserung wichtiger sein solle und nicht der Unfallschwerpunkt. Ratsfrau Kohn knüpft daran an und hebt hervor, dass Kreisverkehre Teil der Mobilitätswende seien, die den Prozess bei geschickter Gestaltung voranbringen könnten.

6 Anträge

7 Anfragen

7.1 Anfrage Bündnis 90/die Grünen vom 30.05.2022 zu den Maßnahmen zur Einhaltung von Tempo 30 auf der Claudiusstraße

Vorlage: FB5/0191/2022

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass eine verwertbare Geschwindigkeitsmessung bislang nicht vorliegen, diese aber nach den Sommerferien durchgeführt werde. Sollte ein erhöhtes Geschwindigkeitsaufkommen festgestellt werden, werde ein Dialogdisplay (Geschwindigkeitsmesstafel mit Darstellung der momentanen Geschwindigkeit und Smiley) eingesetzt. Dialogdisplays stellen eine gute und schnelle Möglichkeit dar, Geschwindigkeiten zu reduzieren. Im Haushalt 2023 würden daher fünf dieser Displays angemeldet werden, damit sie im Jahr 2023 beschafft werden können. Eines der Dialogdisplays solle auch auf der Claudiusstraße platziert werden.

Ratsherr Quaß weist darauf hin, dass das Dialogdisplay ein gutes Mittel sei, um Fahrgeschwindigkeiten zu reduzieren und merkt an, dass am Winklerweg seit geraumer Zeit eines defekt sei.

7.2 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen vom 02.05.2022 zum Stand der Umsetzungsplanung Taktverdichtung auf der K-Bahn Vorlage: DezIII/0192/2022

Frau Frey, erläutert, dass der Zeitplan zur Taktverdichtung von Seiten der Rheinbahn nur eingehalten werden könne, sofern es von den Städten eindeutige Beschlüsse über die Bereitstellung der entsprechenden Mittel gebe. Bislang sei die Finanzierung aber nach wie vor ungeklärt, da sich der Rhein-Kreis Neuss nicht mit der Rheinbahn einigen könne. Am 22. Juni werde ein zusätzlicher Termin stattfinden, bei dem über die Problematik der Taktverdichtung sowie die Linienführung der Busse 832 und 839 diskutiert werden können. Bis dato solle nach Möglichkeit ein Gespräch zwischen Rheinbahn, VRR und Verwaltungsspitze zum Thema Finanzierung der Taktverdichtung stattgefunden haben.

8 Bericht der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist auf die Klage bezüglich der Tempo 30-Zone auf der Claudiusstraße hin, gegen die die Verwaltung in Revision gehen werde. Er erläutert, dass weitere Klagen gegen Tempo 30 und deren Einrichtungen (z.B. Schwellen) zu befürchten sind. Die Gerichtsurteile fielen hier bisher contra Tempo 30 aus da der Ermessensspielraum der Kommunen sehr eng ausgelegt sei. Weiter berichtet er, dass die Stadt Meerbusch bereits Mitglied der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ sei.

9 Termin der nächsten Sitzung am 25.08.2022

10 Verschiedenes

Ratsfrau Neukirchen erinnert daran, dass in der Sitzung im September des vergangenen Jahres beschlossen wurde, dass Baustellenschild „Radfahrer absteigen“ nicht länger zu verwenden. Auf der Gonellastraße sei eben dieses Schild aber wieder aufgestellt worden und eine Umfahrung für Radfahrende gebe es nicht.

Die Verwaltung gibt zu Protokoll: Das Verkehrszeichen „Radfahrer absteigen“ ist ein Verkehrszeichen der StVO und darf nicht aus dem Anordnungs-Repertoire der Verkehrsbehörde gestrichen werden. Gleichwohl geht die Verkehrsbehörde restriktiv mit diesem Verkehrszeichen um. Bei manchen Stellen (wie bei der Gonellastraße) würde ohne das Schild jedoch eine einseitige Straßensperrung mit sich bringen welche dann wiederum für die auf der Straße fahrenden Radfahrenden ungünstig wäre. Es bleibt also immer eine Abwägung der Straßenbehörde, welche aber immer die Sicherheit gerade für die Radfahrenden und den Zufußgehenden im Auge hat.

Ratsfrau Niegeloh verweist auf die QR-Codes, die auf den an Knotenpunkten platzierten Fahrradtafeln zu finden seien. Diese böten die Funktion Mängel an den Rhein-Kreis Neuss zu melden. Sie erkundigt sich bei der Verwaltung, ob die Stadt Meerbusch über eingehende Anregungen und Beschwerden in Kenntnis gesetzt werde.

Die Verwaltung gibt zu Protokoll: Bisher gibt es keine Rückmeldung. Das Thema wird im Rahmen des nächsten Ämtertauschtes beim Rhein-Kreis Neuss angesprochen.

Ratsherr Peters informiert über ein privates Hinweisschild auf der Meerbuscher Straße, dass den Weg zum Bauern Berrisch über eine für die Durchfahrt verbotene Straße ausweise. Er bittet die Verwaltung diesbezüglich mit dem Landwirt Kontakt aufzunehmen.

Ratsherr Berthold teilt mit, dass nach 10 Jahren Stadtradeln ein Rekord erzielt werden konnte. In diesem Jahr lag die Teilnehmendenzahl in Meerbusch bei knapp 1.000. Daraus ließe sich ableiten, dass die Stadt in Punkto Zweiradverkehr auf einem guten Weg sei.

Meerbusch, den 11. Juli 2022

Dr. Felix Nieberding
Ausschussvorsitzender

Lena Clermont
Schriftführer/in